

**B e s c h l u s s v o r l a g e**  
für den  
**öffentlichen Sitzungsteil**

<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>	<b>Zuständigkeit</b>
<b>Kreisausschuss</b>	20.03.2023	Vorberatung
<b>Kreistag</b>	23.03.2023	Entscheidung

<b>Tagesordnungs- Punkt</b>	<b>Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: Ausbau der praxisorientierten Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher</b>
---------------------------------	--

**Beschlussvorschlag:**

Eine Beschlussfassung bleibt den Beratungen vorbehalten.

**Erläuterungen:**

Das Bildungsangebot der Berufskollegs entsteht im Zusammenwirken von Schule, Schulträger und Schulaufsicht und beruht auf dem Bedarf und den Anforderungen, die Wirtschaft und Gesellschaft an die Bildung und Ausbildung junger Menschen stellen. Die Errichtung und Änderung von Bildungsgängen an den Berufskollegs wird vom Schulträger beschlossen und von der Bezirksregierung Köln genehmigt. Der Beschluss des Schulträgers muss beinhalten, dass die personellen, sächlichen und finanziellen Voraussetzungen erfüllt sind.

Der Bildungsgang „Praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung“ wurde gemäß Ausbildungs- und Prüfungsordnung Berufskollegs (APO-BK) nach Beschluss des Kreisausschusses vom 09.12.2020 und Genehmigung der Bezirksregierung Köln zum 01.08.2020 einzügig am Georg-Kerschensteiner-Berufskolleg in Troisdorf eingerichtet. Bisher gab es laut Auskunft der Schulleitung keinen quantitativen Nachfrageüberhang.

Das Anmeldeverfahren für das kommende Schuljahr 2023/2024 ist erst angelaufen. Derzeit gibt es zur Zeit keinen Nachfrageüberhang mit Option für eine Zweizügigkeit, die kurzfristig von der Bezirksregierung zu genehmigen wäre und entsprechendes Lehrpersonal erforderlich machen würde.

Insgesamt betrachtet die Verwaltung den Fachkräftemangel in den sozialen Berufsfeldern als eine auch für die soziale Infrastruktur des Rhein-Sieg-Kreises zunehmende Herausforderung. Insbesondere melden die 12 Jugendämter des Kreises pauschal einen Bedarf für Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten an. Mit Blick auf diesen Mangel und vor allem auch mit dem weiteren Fachkräftebedarf zur Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Offenen Ganztagsplatz in der Primarstufe ab dem Schuljahr 2026 sowie der sich verschärfenden Situation bei der Besetzung von freien Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst im Kreisjugendamt, ist schon im vergangenen Jahr unter Federführung des zuständigen Dezernenten des Dezernates 3 eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe zwischen dem Amt für Schule, Bildung, Kultur und Sport und dem Kreisjugendamt eingerichtet worden, um Möglichkeiten zu erarbeiten, mit welchen Instrumenten auch auf kommunaler Ebene Verbesserungen zur Gewinnung von Fachkräften in den sozialen Berufen herbei geführt werden können. Unter anderem ist auch eine Abfrage bei den 12 öffentlichen Jugendhilfeträgern im Prozess, mit der der pauschal angezeigte Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern präziser dargestellt werden kann, um dann ggfs. kurzfristig doch weitere Ausbildungsplätze im Einvernehmen mit Schulleitungen und der Bezirksregierung herbeizuführen und sodann die Gremien des Kreistages damit zu befassen und die dafür erforderlichen Ressourcen zu benennen. Immer vorausgesetzt, dass es einen weiteren zusätzlichen Bedarf gibt, der mit den bis dato zur Verfügung stehenden, ausreichenden Plätzen nicht abgedeckt werden könnte.

Über das Beratungsergebnis in der Sitzung des Kreisausschusses wird mündlich berichtet.

Zur Sitzung des Kreistages.

gez. Schuster  
(Landrat)